

Die chinesische Revolution

von Jürgen Osterhammel

Chronik

- 1842 Chinas Niederlage im Opiumkrieg gegen Großbritannien
- 1850–64 Taiping-Aufstand
- 1895 Chinas Niederlage gegen Japan
- 1898 Gescheiterte konstitutionelle Reformbewegung
- 1900 Boxeraufstand und Intervention der Mächte
- 1901–10 Reformen der späten Qing-Zeit
- 1911–12 Sturz der Qing-Dynastie und Gründung der Republik
- 1912–16 Diktatur Yuan Shikais
- 1915 Beginn der «Bewegung für neue Kultur»
- 1916–28 Periode der «Warlords»
- 1919 Massenproteste während der «Bewegung des 4. Mai»
- 1921 Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh)
- 1923–24 Reorganisation der Kuomintang (KMT) und Bildung einer Einheitsfront mit der KPCh
- 1927 Ende dieser «Ersten Einheitsfront», Vertreibung der KPCh aus den Städten
- 1928–37 KMT-Nationalregierung in der neuen Hauptstadt Nanjing
- 1931–34 Aufbau von «Rätegebieten» in Zentralchina durch die KPCh
- 1934–35 Flucht der KPCh-Führung vor den KMT-Truppen nach Nordwestchina («Langer Marsch»)
- 1937–45 Japanisch-chinesischer Krieg, seit 1941 Pazifischer Krieg
- 1946–49 Bürgerkrieg zwischen KPCh und KMT, zugleich Landrevolution in Nordchina
- 1949 Eroberung ganz Chinas durch die Volksbefreiungsarmee, Gründung der Volksrepublik China, Flucht der KMT-Führung nach Taiwan
- 1950 Einordnung der Volksrepublik in das Blocksystem des Kalten Krieges
- 1957 Abschluß der «sozialistischen Umgestaltung» von Wirtschaft und Gesellschaft

Nach den unterschiedlichsten Maßstäben gehört die chinesische Revolution zu den großen Revolutionen der Geschichte. Auch wenn die Weltwirkung der Französischen und der Russischen Revolution noch erheblich gewesen sein mag, so hat doch keine Revolution je eine größere Zahl von Menschen unmittelbar in ihrer gesamten Lebensführung betroffen. Um 1950, auf dem Höhepunkt des revolutionären Geschehens, hatte China eine Bevölkerung von etwa 580 Millionen. Niemand im Lande blieb von den Umwälzungen unberührt. Die chinesische Revolution ist eines der ganz wenigen Beispiele für das, was der Revolutionstheoretiker Chalmers Johnson eine «totale» Revolution genannt hat. Sie ersetzte nicht bloß eine alte politische Elite durch eine neue. Sie veränderte das gesamte politische System eines Landes auf die denkbar radikalste Weise. Sie führte zum Verschwinden ganzer Gesellschaftsklassen und zur Durchsetzung vollkommen neuartiger Sozialbeziehungen, die dem utopisch-sozialistischen Denken Europas näher standen als der historischen Erfahrung Chinas. Schließlich bewirkte sie eine Umwertung gesellschaftlicher und kultureller Normen, die sich am Ende des revolutionären Prozesses, in der sogenannten «Kulturrevolution», zu einer Kulturzerstörung riesigen Ausmaßes steigerte. Und sie verband sich, darin eher der Französischen als der Russischen Revolution vergleichbar, mit plötzlicher außenpolitischer Revitalisierung: Zwölf Monate nach ihrer Gründung im Oktober 1949 und inmitten größter gesellschaftlicher Konvulsionen wagte die Volksrepublik China in Korea den militärischen Konflikt mit den Vereinigten Staaten, den sie mehr als passabel bestand. Innerhalb kürzester Zeit wurde China nach Jahrzehnten außenpolitischer Hilflosigkeit zu einer respektgebietenden Großmacht.

Die chinesische Revolution im soeben beschriebenen Sinne läßt sich einigermaßen genau datieren. Sie begann 1946 mit der Endphase des Bürgerkrieges, der seit 1927 zwischen den Kommunisten und ihren Gegnern im Gange war, und der gleichzeitigen Landrevolution in den «befreiten Gebieten» unter kommunistischer Kontrolle, und sie endete 1957 mit dem Abschluß der landwirtschaftlichen Kollektivierung, der «sozialistischen Umgestaltung» in den Städten und der Disziplinierung der Intellektuellen durch die sogenannte «Hundert-Blumen-Kampagne». Selten ist ein Land in derart kurzer Zeit so tiefgreifend verändert worden wie China in diesen elf Jahren. Das Subjekt dieser Veränderungen war die militärisch siegreiche revolutionäre Staatsmacht. Sie unterwarf das Land einer beispiellos radikalen Transformation «von oben», deren Erfolg in sehr hohem Maße auf den Erfahrungen eines zwei Jahrzehnte währenden Durchsetzungskampfes beruhte. Die Revolutionsführer, die im Oktober 1949 ihren neuen Staat gründeten, waren keine unerfahrenen Lehnstuhltheoretiker, sondern mit allen Wassern gewaschene Militärkom-

mandanten, Administratoren und Agitatoren. Auch wenn in den folgenden Jahren überall improvisiert werden mußte, so waren die Berufsrevolutionäre, die 1949 das lange zersplitterte Riesenland einigten, besser auf ihre neue Aufgabe vorbereitet als sämtliche anderen Herrschaftsgruppen neugeschaffener revolutionärer Staatsgebilde, auch als die Bolschewiki von 1917/18.

Damit ist freilich über den historischen Ort der chinesischen Revolution noch nicht alles gesagt. Ein weiter gespannter Zeitrahmen eröffnet andere Perspektiven. Vom Jahre 2000 her gesehen, ist die Volksrepublik China (VRCh) nach der mexikanischen Republik die älteste noch bestehende revolutionäre Staatsgründung. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) hat ihr Herrschaftsmonopol durch den Zusammenbruch des Ostblocks und der Sowjetunion hindurch gerettet und hält an der marxistisch-leninistischen Rhetorik und Symbolik ihrer Anfangsjahre fest. Diese Kontinuität des Politischen steht in einem frappanten Gegensatz zu gesellschaftlichen Entwicklungen, die die Führung der KPCh selbst in die Wege leitete. Unter Deng Xiaoping (1904–1997), einem Revolutionsveteranen, der seit 1926 in der Partei aktiv war, wurden nach 1979 die Ergebnisse der mit den Namen Mao Zedong (auch Mao Tse-tung, 1893–1976) verbundenen revolutionären Epoche weitgehend zurückgenommen. Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde rückgängig gemacht, der «Kapitalismus» in Dienstleistungen, Handel und Teilen der Industrie wieder zugelassen, dem einst verhassten «Imperialismus» zu günstigen Konditionen die Tür zum chinesischen Markt geöffnet. Das Egalitätsprinzip wich – besonders im Erziehungswesen – einer scharfen Auslese nach Leistungskriterien. Die Partei verzichtete fast gänzlich auf die Mobilisierung der Bevölkerung in kräfteverzehrenden Massenkampagnen. In der Außenpolitik hat ein Großmachtegoismus die frühere weltrevolutionäre Solidarität mit der Dritten Welt ersetzt. China will niemandem mehr Vorbild sein. Vom Gesellschaftsmodell der Gründerjahre ist kaum mehr geblieben als die sehr erfolgreich verteidigten Privilegien der Nomenklatura, die planwirtschaftliche Kontrolle über die weithin staatseigene Schwerindustrie, der Zugriff der kommunistischen Parteiführung auf Staat und Militär sowie der ideologische Führungsanspruch der Partei, den allerdings wenige in der Bevölkerung noch ernstnehmen. Innerhalb dieser Hülle posttotalitärer Staatlichkeit hat sich ein vitales gesellschaftliches Leben entwickelt, das eher an die dynamischeren Länder des nicht-kommunistischen Asien als an die Stagnation der späten Sowjetunion erinnert. Ein halbes Jahrhundert nach der Gründung der Volksrepublik erscheint die chinesische Revolution weniger als der Beginn eines nationalen Sonderweges denn als chinesische Variante des Weges in eine asiatische Moderne. Sozialstrukturell nähert sich China

den nicht-kommunistischen Staaten Ost- und Südasiens immer mehr an.

In China – und nur in China – entpuppt sich eine sozialistische Revolution als Geburtshelferin einer kapitalistischen Wettbewerbsgesellschaft. Man wird dies als eine der pikantesten historischen Ironien des 20. Jahrhunderts sehen können, sollte aber vor dem allzu weit gehenden Schluß zurückschrecken, es habe sich hier erstmals eine sozialistische als die wahre «bürgerliche» Revolution zu erkennen gegeben. Die heute in China entstehende kapitalistische Wettbewerbsgesellschaft ist keine «bürgerliche Gesellschaft» oder «civil society» im emphatischen Sinne der Emanzipationsbewegungen Westeuropas und Nordamerikas. Der *bourgeois* läutert sich nicht zum *citoyen*. Mit der Freisetzung der Energien persönlichen Bereicherungswillens, die Deng Xiaoping mit seinem Angriff auf den maoistischen Kollektivismus in die Wege leitete, verbindet sich an der Jahrhundertwende (noch) keine demokratische Herausforderung des obrigkeitlichen Politikmonopols. Daß dies nicht so bleiben muß und daß China keineswegs durch sein kulturelles Erbe zur Tyrannei verdammt ist, beweist die Demokratisierung, die der zweite chinesische Staat, die Republik China auf Taiwan, in den neunziger Jahren erfuhr.

Wenn es statthaft ist, die chinesische Revolution als den spezifisch chinesischen Weg in die asiatische Moderne zu deuten, dann öffnen sich auch Alternativen zu einer politikgeschichtlichen Periodisierung, die den eigentlichen revolutionären Prozeß um 1946 beginnen läßt. Vor dem Beginn jener Ereignisse, die unmittelbar in die Machteroberung durch die KPCh mündeten, lag eine lange Phase der Vorbereitung. Sie reicht auch noch weit hinter die Gründung der KPCh im Jahre 1921 zurück. Dies führt zu einem weiteren historischen Paradox. Während das Datum 1949 die chinesische Revolution in der Nachbarschaft der großen nationalen Befreiungserfolge nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – Vietnam (1945/1954), Indien (1947), Indonesien (1949) – plazierte, reichen ihre Wurzeln in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurück. Der weltgeschichtliche Kontext, in den man die Entstehung der chinesischen Revolution rücken muß, ist die Krise der agrarischen Imperien Eurasiens. Wenn man es so betrachtet, dann ist die chinesische Revolution eine Zeitgenossin der Erosion von *ancien régimes* in Japan und Rußland, im Osmanischen Reich und im Iran. Bereits die ereignisgeschichtlichen Schlüsseldaten verraten diese Nachbarschaft. 1911 wurde in einer Weise, die man in China selbst wie im westlichen Ausland sogleich als «revolutionär» erkannte, die traditionale Autokratie gestürzt und durch ein als modern empfundenenes, dem Westen angenähertes politisches System ersetzt: eine Republik. Die Revolution begann fern der Hauptstadt Peking in der zentralchinesischen Metropole Wuchang (heute ein Teil von Wu-

han) mit einer Meuterei von Truppenteilen, die enge Beziehungen zu der aus dem Exil operierenden revolutionären Bewegung Sun Yatsens unterhielten. Innerhalb der nächsten drei Monate stellten sich der Reihe nach die Militärbefehlshaber in den Provinzen gegen die Dynastie der Qing. Am 1. Januar 1912 trat ein ziviler Präsident an die Stelle des Kaisers. Die älteste Monarchie der Welt bestand nicht mehr. Ähnliche Überwindungen vormoderner Herrschaftsordnungen, die in Asien zumeist «Despotien» waren, hatte es zunächst 1868 in Japan mit der Beseitigung des Tokugawa-Shogunats durch modernisierungswillige Kräfte aus dem Adel gegeben, dann 1905–8 im Iran mit der «konstitutionellen Revolution», fast gleichzeitig 1908 im Osmanischen Reich mit der jungtürkischen Revolution, die die Alleinherrschaft des Sultans ein für allemal beendete. In Rußland war ein ähnlicher Versuch 1905 vergleichsweise erfolglos geblieben. Wie es im Einzelfall auch um die Realität bestellt sein mochte: Verfassungsgeschichtlich war Rußland am Vorabend des Ersten Weltkriegs durch die wichtigsten nichtkolonisierten Länder Asiens überholt worden. Als 1917 die Februarrevolution das russische *ancien régime* beendete, war der letzte chinesische Kaiser bereits seit fünf Jahren ein wohlversorgter Staatspensionär. Mit guten Gründen läßt sich daher behaupten, die chinesische Revolution sei älteren Ursprungs als die russische. Ohne Zweifel war sie der langwierigste revolutionäre Prozeß der Neuzeit.

Darüber, wann dieser Prozeß begann, sind sich die Historiker nicht einig. Die sino-marxistische Geschichtsschreibung nahm bis vor kurzem eine Reihe von «revolutionären Flutwellen» an, als deren erste der große Taiping-Aufstand der Jahre 1850 bis 1864 galt, der das Kaisertum durch ein «Himmliches Reich vom ewigen Frieden» zu ersetzen trachtete. Von anderen Voraussetzungen her gelangte der Sinologe Wolfgang Franke bereits 1958 zu einem ähnlichen Ergebnis, wenn er die Jahre 1850 bis 1949 als das «Jahrhundert der chinesischen Revolution» bezeichnete. Noch weiter ging der namhafte amerikanische Historiker John K. Fairbank, der die Anfänge der Revolution bereits in Krisenerscheinungen von Staat und Gesellschaft zu erkennen glaubte, die sich um 1800 beobachten lassen.

Ganz so weit muß man den Revolutionsbegriff nicht dehnen, um den tieferen Ursachen der politischen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts gerecht zu werden. Fairbank ist zuzustimmen, wenn er darauf hinweist, daß China im 19. Jahrhundert alles andere als das statische oder gar «geschichtslose» Land war, als das es ältere westliche Vorurteile gerne darstellten. Es erlebte einen gewissen sozialen Wandel, der vor allem durch zwei unabhängige Variablen angestoßen wurde: zum einen durch ein nur infolge von Naturkatastrophen und inneren Kriegen zeitweise verlangsamtes Bevölkerungswachstum, zum anderen durch die Ansied-

lung von Europäern in einer Reihe von Hafenkolonien (an erster Stelle Hongkong und Shanghai), die China nach seiner Niederlage im englisch-chinesischen Opiumkrieg 1842 schrittweise abzutreten hatte. Insgesamt gesehen reichten solche Impulse jedoch nicht aus, um die tradierte Sozialstruktur maßgeblich zu verändern. Der allergrößte Teil des Landes blieb von den gesellschaftlichen Neuentwicklungen in wenigen Küstenstädten unberührt, während das Bevölkerungswachstum den Druck auf die gegebene Ressourcenbasis und auf die bestehenden sozialen Institutionen, vor allem die bäuerliche Familie, immer weiter verstärkte, ohne daß es zu kreativen sozialen Problemlösungen gekommen wäre. Die langfristig wichtigste sozialgeschichtliche Tendenz des 19. Jahrhunderts war die wachsende Emanzipation der Kaufmannschaft von der Bevormundung durch den Staat und von der Geringschätzung, mit der ihr die literarisch gebildeten konfuzianischen Beamtengelehrten zu begegnen pflegten. Vom Aufstieg eines Bürgertums zu sprechen, würde allerdings die durchaus vorhandenen Analogien zum Westen überstrapazieren. Auch politisch führten die Wirren, die China zum weltweit blutigsten Bürgerkriegsschauplatz des 19. Jahrhunderts machten, nicht zu konstruktiven Neuansätzen. Das kaiserliche System rang seine inneren Gegner mit größter Anstrengung nieder und hielt die europäischen Großmächte durch immer neue Zugeständnisse von einer aggressiveren Kolonialpolitik ab, kam aber bei seinen Versuchen reformerischer Selbststärkung über Halbheiten nicht hinaus. Dabei ging es ihm nicht anders als den übrigen *ancien régimes* Eurasiens. Von einer politischen Revolutionierung Chinas kann im 19. Jahrhundert daher keine Rede sein. Auch kulturell lagen die großen Schockerfahrungen und Lernversuche in der Zukunft. Noch sah die gesellschaftliche Elite keinen Anlaß zu grundlegender Neuorientierung.

Die chinesische Revolution begann um die Jahrhundertwende. 1895 unterlag China zur allgemeinen Überraschung der aufstrebenden Militärmacht Japan. Diese Niederlage kann in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden. Bis 1895 war China vom Imperialismus der europäischen Mächte weniger stark berührt worden als die meisten übrigen Teile Asiens. Nun aber hatte es sich als «kranker Mann am Gelben Meer» zu erkennen gegeben, der den Begehrlichkeiten von Regierungen und Militärstrategen, von Banken und multinationalen Konzernen kaum noch etwas entgegenzusetzen vermochte. Nach Umfang und Intensität nahm die imperialistische Präsenz, auch diejenige Japans, nach 1895 dramatisch zu. Bis 1895 hatte sich die chinesische Macht- und Bildungselite (beides war weithin identisch) in dem Glauben wiegen können, auch ein geschwächtes China bleibe doch immerhin der Mittelpunkt der ostasiatischen Weltordnung. Dieses «sinozentrische» Weltbild wurde nun ebenso

als Illusion entlarvt wie die Zuversicht, das altbewährte monarchisch-bürokratische System werde auch jetzt das Überleben des Landes gewährleisten. Gerade das Überleben Chinas als großes Einheitsreich, als ehrwürdige Kultur und als so etwas wie eine virtuelle Nation schien nunmehr in Frage zu stehen. Keine der Weltdeutungen, die jetzt aus dem Westen importiert wurden, überzeugte daher zunächst so sehr wie der Sozialdarwinismus. China schien zu den Unterlegenen im Daseinskampf zu gehören. Was war zu tun?

Die Krisenwahrnehmung zur Zeit der Jahrhundertwende blieb anfangs auf Minderheiten innerhalb der Gelehrtenwelt und der Staatsbürokratie und auf kleine radikale Exilantenzirkel in Hongkong und Japan beschränkt. In ihrer ersten Phase war die chinesische Revolution eine patriotische Kopfgeburt. Über Diagnose und Therapie waren sich ihre Urheber nicht einig. Eine Richtung empfahl den westlichen Konstitutionalismus als Vorbild und hoffte, in den Chinesen den Geist nationaler Anstrengung zu wecken, eine zweite setzte eher auf einen durchgreifenden Reformabsolutismus nach dem Vorbild Peters d. Gr., eine dritte glaubte, die Probleme bereits dadurch lösen zu können, daß man die «Fremdherrschaft» des 1644 auf den Thron gelangten mandschurischen Kaiserhauses der Qing beseitigte. Keine dieser frühen Vorstellungen konnte sich durchsetzen.

Statt der Gelehrten ergriffen überraschend nordchinesische Bauernburschen die historische Initiative. Ihr «Boxeraufstand» war zunächst eine soziale Protestbewegung, die aber bald die Ausländer und vor allem die Missionare als Quelle aller Übel ausfindig machte. Als reaktionäre Kräfte am Kaiserhof die immer gewalttätigeren Übergriffe gegen Fremde und gegen chinesische Christen deckten oder gar billigten, steigerte sich die Affäre zu einer internationalen Krise. Boxerrebellens und reguläre Truppen begannen im Sommer 1900 das Gesandtschaftsviertel in Peking anzugreifen. Zwischen China und der internationalen Gemeinschaft trat der Kriegszustand ein. Der Boxeraufstand war für China eine militärische, eine finanzielle und eine kollektivpsychologische Katastrophe. Aber er hatte auch die heilsame Nebenwirkung, krude Fremdenfeindlichkeit politisch zu diskreditieren und endlich die Macht der Reaktionäre am Hof zu brechen. In den Jahren nach 1901 ging die Initiative auf die Reformkräfte im Staatsapparat über. Das *ancien régime* zeigte sich bereit und sogar fähig, ein gut durchdachtes und radikales Reformprogramm in die Wege zu leiten. Einiges davon wurde verwirklicht: die drastische Einschränkung des Opiumanbaus, Militärreformen, die Gründung von Provinziallandtagen (der ersten Repräsentativorgane in der chinesischen Geschichte), die Abschaffung der Staatsprüfungen, die seit jeher ein konfuzianisches Ideologiemonopol zementiert hatten, sowie die Anerkennung von Handels-

kammern als Institutionen einer bis dahin verpönten Selbstorganisation der außerbürokratischen gesellschaftlichen Kräfte.

Nun bestätigte sich aber in China das, was sich auch an früheren Revolutionen beobachten läßt: Ein vormodernes Regime destabilisiert sich selbst, wenn es auf einen zentralisierenden Reformkurs einschwenkt, damit die gesellschaftlichen Kräfte in Anhänger und Gegner polarisiert sowie zugleich die Pandora'sche Büchse widerstreitender Erwartungen öffnet. Die Revolution von 1911 war das ungeplante und unkoordinierte Ergebnis eines Zusammentreffens dreier Tendenzen: des Widerstandes aufstrebender Grundbesitzer- und Kaufmannseliten in den Provinzhauptstädten gegen das neue Selbstbewußtsein der Zentralregierung, des Bestrebens von Kommandeuren der kurz zuvor geschaffenen «Neuen Armeen», sich provinzielle Machtbasen zu schaffen, und schließlich der Anti-Mandschu-Agitation von Revolutionären und Geheimgesellschaften. Hinter der Revolution stand keine geschlossene revolutionäre Bewegung mit einem konstruktiven Programm. Als 1912 das Kaisertum, also der organisatorische Rahmen des Reiches seit dem 3. Jahrhundert v. Chr., plötzlich verschwunden war, löste sich keines der Probleme des Landes. Außenpolitisch war China noch eine Spur schwächer geworden, die Klammer zwischen den achtzehn Provinzen war zerbrochen, und es fehlte an Visionen für die Reform des Landes. Daß China binnen weniger Jahre in viele kleine Herrschaftsgebiete zerfallen sollte, denen die republikanische Zentralregierung mehr nominell als faktisch präsierte, war eine unmittelbare Folge der perspektivenlosen Revolution von 1911.

Die territoriale Fragmentierung hielt bis 1949 an. Zwischen der Beseitigung des alten Regimes und dem Neuaufbau eines regierungsfähigen Zentralstaates lagen in China nicht vier Jahre wie in Rußland – vom Februar 1917 bis zum Beginn der Neuen Ökonomischen Politik im Frühjahr 1921 –, sondern 38 Jahre. Die Fragmentierung erschwerte die Aufgabe des Historikers, denn spätestens ab 1916 hat die Revolution kein eindeutiges Zentrum mehr. Die Hauptstadt Peking spielt fortan nicht jene Rolle, die London, Paris oder St. Petersburg in früheren Revolutionen gespielt hatten. Wie ein avantgardistisches Theaterstück trägt sich die chinesische Revolution auf mehreren Bühnen gleichzeitig zu. Stärker als frühere Revolutionen greifen zudem äußere, internationale Kräfte in die Binnenprozesse ein. Auch das kompliziert die Analyse.

1911 war ein politischer Umsturz ohne Massenbewegung gewesen, also keine soziale Revolution. In den Jahren danach braute sich aber sozialer Sprengstoff zusammen. Von der verbreiteten Vorstellung her, die chinesische Revolution sei eine «Bauernrevolution» gewesen, müßte man erwarten, daß die Bauernschaft immer mehr im Elend versunken sei und sich hier vor allem ein revolutionäres Potential angesammelt habe. Das

war bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise **keineswegs** der Fall. Eine noch weiter fortschreitende Verelendung der **chinesischen** Landbevölkerung läßt sich für die **ersten drei Jahrzehnte** des 20. Jahrhunderts nicht nachweisen. Nach dem **Boxeraufstand** (der übrigens Mittel- und Südchina nicht berührt hatte) blieben die Bauern einstweilen politisch stumm und ohne Fürsprecher unter den revolutionären Wortführern. Der soziale Sprengstoff hatte zwei andere Quellen. Beide fanden sich in den Städten, vor allem in den kolonialen Häfen des Ostens. Erstens entstand dort, hauptsächlich in Shanghai, Kanton und Hongkong, unter Fabrik- und Transportarbeitern ein modernes Proletariat. Es unterhielt in seiner ersten Generation noch enge Verbindungen zu seiner dörflichen Herkunft und bestand, etwa in der Leichtindustrie, zu einem höheren Prozentsatz aus Frauen, als man dies von der europäischen Frühindustrialisierung her kennt. Seine Forderungen waren aber die eines weltweiten «Trade-Unionismus»: kürzere Arbeitszeiten, bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, dauerhaftere Anstellung. Obwohl es während des Ersten Weltkriegs zu einem Industrialisierungsschub unter der Ägide einheimischer Unternehmer kam, handelte es sich weiterhin bei einem großen Teil der Arbeitgeber um ausländische Firmen, etwa britische Reedereien oder japanische Baumwollkonzerne. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß es chinesischen Arbeiterinnen und Arbeitern unter fremden schlechter erging als unter chinesischen Kapitalisten; eher war das Gegenteil der Fall. Trotzdem nahmen Arbeiterproteste schon früh eine eigentümlich anti-imperialistische Note an; die Arbeiterschaft entflammte sich schnell für nationale Anliegen. Die «unwürdige» Behandlung von Chinesen durch Ausländer war immer wieder ein Anlaß für Streiks und Boykotte. Schon 1905 hatte die Wirtschaftstätigkeit der westlichen Ausländer in China unter einem ganz Südchina erfassenden Boykott gelitten, mit dem Arbeiter, Kaufleute und andere Gesellschaftskreise ihrem Ärger über eine Verschärfung der Einwanderungsgesetzgebung der USA Luft gemacht hatten. Der Boykott war fortan eine Lieblingswaffe gegen den «Imperialismus».

Im 2. und 3. Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts traf der diffuse Massenpatriotismus der Küstenbevölkerung mit dem sich nun deutlicher artikulierenden Nationalismus einer neuartigen Intelligentsia zusammen. Die Abschaffung der staatlichen Beamtenprüfungen und dann vollends das Verschwinden der kaiserlichen Bürokratie hatten die Karrierechancen einer ganzen Generation zunichte gemacht. Schulen und Universitäten neuen Stils, in denen auch westliches Wissen gelehrt wurde, dazu neuartige Gelegenheiten für ein Auslandsstudium (die von Zehntausenden genutzt wurden) eröffneten neue Möglichkeiten, für die sich jedoch ein Arbeitsmarkt erst langsam herausbilden mußte. So entstand eine junge

städtische Intelligentsia: überwiegend sozial privilegierter Herkunft, aber ohne tradierte Statussicherheit und vorhersehbare Lebenschancen. In der offiziellen Politik fand sie kein Betätigungsfeld, denn die regionalen Militärmachthaber («Warlords»), die China zwischen 1917 und 1927 beherrschten (und in manchen Provinzen noch weit länger), regierten autokratisch und mit einem Minimum an Zivilverwaltung. Diese «freischwebende Intelligenz», wie der Soziologe Karl Mannheim dergleichen nannte, stürzte sich in Wissenschaft, Publizistik und Literatur. Zeitschriften und Buchverlage, Diskussionszirkel und Studiengruppen schossen wie Pilze aus dem Boden.

Bereits 1915 hatten namhafte Professoren damit begonnen, die gesamte geistige Tradition Chinas auf den Prüfstand zu stellen. Erstmals wurde die Schuld für Chinas Schwäche und Rückständigkeit nicht in den Mächenschaften des Auslands oder den Unzulänglichkeiten von «Fremd»-Herrschern wie der Mandschu-Dynastie gesucht, sondern in den kulturellen Selbstverständlichkeiten des Konfuzianismus. Diese «Bewegung für Neue Kultur» plädierte für eine Vereinfachung der komplizierten klassischen Schriftsprache und für empirische Wissenschaftlichkeit, für die Emanzipation der Frau und für eine Überwindung alter Untertanengesinnungen. Politisch forderten ihre Sprecher «Demokratie» – ohne so recht sagen zu können, was dies für China konkret zu bedeuten habe. Während man einer weitgehenden kulturellen und politischen Verwestlichung das Wort redete, klagte man den westlichen Imperialismus in heftigen Tönen an. Nachdem die Pariser Friedenkonferenz China die Rückgabe jener Gebiete in der Nordprovinz Shandong verweigerte, die Japan 1914 den Deutschen abgenommen hatte, kam es im Mai und Juni 1919 zu landesweiten Studenten- und Schülerprotesten, denen sich bald Kaufleute und Arbeiter mit Boykotten und Streiks anschlossen. Mit dieser «4. Mai-Bewegung», auf die sich bis heute chinesische Demokraten berufen, ging die zunächst nur auf dem Papier betriebene Kulturrevolution auf die Straße. Sie wurde zum politischen Erweckungserlebnis jener Generation, die China in den Sozialismus führen sollte.

Die Hoffnung, die Westmächte, in erster Linie die führende Kolonialmacht Großbritannien sowie die insgeheim bewunderten USA, würden dem chinesischen Nationalismus entgegenkommen und den Aufbruch «Jungchinas» unterstützen, erfüllten sich nicht. Der chinesischen Öffentlichkeit wurde bewußt, daß sich auch nach dem Ende des Weltkriegs am Beharren der Ausländer auf ihren quasi-kolonialen Privilegien nichts geändert hatte und daß sich die Großmächte lieber auf reaktionäre Militärdespoten stützten als auf die Kräfte des Fortschritts. Die radikale Intelligentsia machte auf diese Weise gleichzeitig die Erfahrung außenpolitischer Ohnmacht und innerer Bündniserfolge: 1919 hatten sich erst-

mals im Zeichen des Nationalismus die städtischen Massen von Studenten, Schülern und Professoren mobilisieren lassen. Nachdem der Rausch der Massenaktionen verflogen war, hatte sich indessen in der Realität so gut wie nichts geändert. In diesem Moment politischer Katerstimmung und Orientierungslosigkeit tauchten 1920 die ersten Abgesandten der Kommunistischen Internationalen (Komintern) in China auf.

Die Oktoberrevolution hatte von Anfang an viel Interesse unter den Intellektuellen geweckt, unter denen bis dahin der Anarchismus bekannter und populärer gewesen war als der Marxismus. Nun brachten die Agenten der jungen Sowjetmacht eine fertige theoretische Analyse der Lage Chinas und der Welt aus Moskau mit, berichteten von den praktischen Erfahrungen der Bolschewiki, verkündeten den Verzicht der Sowjetmacht auf die imperialistischen Rechte des Zarenreiches in China und gaben Ratschläge, wie man eine kommunistische Partei organisiert. Da Lenin und die Komintern ihre Erwartung weltrevolutionärer Unterstützung weniger auf das «unreife» chinesische Proletariat gründeten als auf das, was sie theoretisch als «nationale Bourgeoisie» identifizierten, wurde der wichtigste Empfänger revolutionärer Entwicklungshilfe die Kuomintang («Nationalpartei», KMT), die man für die politische Organisation der Bourgeoisie hielt. Die KMT und ihr langjähriger Führer Sun Yatsen (1866–1925) hatten seit langem in der chinesischen Revolution eine wichtige, aber nie eine entscheidende Rolle gespielt. Nun verhalf ihr die Komintern zu zwei entscheidenden Voraussetzungen künftigen Erfolgs: einer autoritären und effizienten Organisation nach bolschewistischem Muster und einer kleinen, aber bestens ausgebildeten und ausgerüsteten Parteiarmer, die bald die undisziplinierten Massenheere der Warlords in die Flucht schlagen sollte. 1924 war die Reorganisation der KMT beendet. Gleichzeitig stand die neugegründete KPCh halbwegs auf eigenen Füßen. Auf sowjetischen Druck schlossen die beiden Parteien eine revolutionäre Einheitsfront, die sich gegen Warlords und Imperialisten richtete. Einstweilen war ihr Einflußbereich auf die südchinesische Stadt Kanton begrenzt.

Die Jahre 1923/24 sind von entscheidender Bedeutung für die Geschichte der chinesischen Revolution. Sie bedeuten das Ende liberaler Gedankenexperimente und den Beginn der autoritären Formierung der Intelligentsia. Im Frühjahr 1927 zerstörte die KMT unter ihrem neuen Führer, General Jiang Kaishek, die Einheitsfront und ging mit mörderischen Säuberungen gegen die Kommunisten vor. Aber auch nach diesem tiefen Bruch, mit dem ein 22 Jahre andauernder Bürgerkrieg begann, verband zweierlei die Linke und die Rechte: Beide blieben autoritär geführte Funktionärsparteien bolschewistischen Typs, und beide setzten sich das Ziel, China von der imperialistischen Bedrückung zu befreien.

Seit sich die Westmächte Ende der zwanziger Jahre nun doch widerstrebend zum Einlenken gegenüber dem chinesischen Nationalismus bereitgefunden hatten, war damit in erster Linie Japan gemeint. Zwischen 1931, als Japan die Mandschurei an sich riß, und dem Sommer 1945, als die Atombomben das Kaiserreich zur Kapitulation zwangen, befanden sich die beiden großen Staaten Ostasiens in einem nie erklärten Krieg.

Man versteht die Besonderheiten der chinesischen Entwicklung nicht, wenn man die enge Verquickung von Revolution und Krieg übersieht. Seit der Taiping-Bewegung war China eine in hohem Maße bewaffnete und militarisierte Gesellschaft. Solange die kaiserliche Zivilbürokratie regierte, konnte keine offene Militärherrschaft entstehen. Unter der frühen Republik jedoch ergriffen überall Militärführer die Macht. Die Militarisierung der KMT erfolgte in diesem gewaltintensiven Milieu. Sie ermöglichte es Jiang Kaishek, gegen die Warlords mit deren eigenen Mitteln vorzugehen und sich in Ost- und Zentralchina als eine Art von nationalistischem Oberwarlord zu etablieren. Als die KPCh 1927 aus den Städten vertrieben wurde und einige Jahre lang in unwegsamen Berggegenden um ihr Überleben kämpfte, fand auch sie ihre Rettung in der erfolgreichen Gründung einer Roten Armee. Anders als die Bolschewiki waren daher die chinesischen Kommunisten schon während ihres Weges zur Macht eine Partei in Waffen.

Gegen wen – außer gegen die äußeren Feinde – richtete sich die chinesische Revolution nach 1927? Die KMT, die die international anerkannte Nationalregierung Chinas bildete, verband in ihrem Herrschaftsgebiet die Unterdrückung sozialen Protests mit einigen maßvollen Modernisierungsmaßnahmen, etwa im Rechts- und Finanzwesen. Die KPCh als die schwächere Kraft befand sich in einer ständigen Defensive. 1934 schien abermals ihr letztes Stündlein geschlagen zu haben. Nur mit Hilfe einer List entkam die Partei- und Armeeführung der Umzingelung durch Jiang Kaishek und begab sich auf den Langen Marsch von Zentral- nach Nordwestchina. Nach 1927 befreite sich die KPCh von der marxistisch-leninistischen Orthodoxie, die in den Bauern kein revolutionäres Potential erkennen wollte. Mao Zedong, ein selbst aus einer Bauernfamilie stammendes Mitglied des engsten Führungskreises, aber nicht vor 1945 der alleinige Supremo der Partei, formulierte eine neue Revolutionsstrategie, deren Kern die Mobilisierung der armen und mittleren Bauernschaft gegen ausbeuterische Grundherren war.

Die KPCh hatte allerdings nur wenig Gelegenheit, ihre Theorien in die Praxis umzusetzen. Erst während des Krieges gegen Japan konnte sie ihr entlegenes Basisgebiet Yenän im Nordwesten in ein soziales Experimentierfeld verwandeln. Doch auch dann noch standen einer Realisierung der reinen revolutionären Lehre alle möglichen Rücksichten im

Wege, die man aus taktischen Gründen auf momentane Bündnispartner, auch solche unter den Grundherren, zu nehmen hatte. Von einer gigantischen *Jacquerie*, die die KPCh unaufhaltsam zur Macht getragen hätte, kann vor 1945 nicht gesprochen werden. Die KPCh verfolgte das genuine Ziel, das Los der bäuerlichen Mehrheit zu verbessern, aber die Bauern waren auch die einzigen «Volksmassen», die der Partei außerhalb der Städte erreichbar blieben. Sie mußten politisch sorgsam geführt und auf einem mittleren Kurs des Enthusiasmus zwischen Gleichgültigkeit und rücksichtslosem Übereifer gehalten werden. Vor allem benötigte man sie während des Krieges gegen Japan als Reservoir zur Rekrutierung von Guerillakämpfern und als deren stillschweigende Helfer. Mao sprach in einem berühmten Bild von den Partisanen als Fischen im Meer des Volkes.

Während des Krieges, den die Japaner mit größter Brutalität auch gegen die chinesische Zivilbevölkerung führten, geriet die KPCh um 1940/41 zum dritten Mal in ihrer Geschichte nach 1927 und 1934 an den Rand der Vernichtung. Sie überstand diese Krise und sammelte von da an in der chinesischen Öffentlichkeit Kredit als die einzige politische Kraft, die den Japanern mit letztem Einsatz entgegentrat und die in ihren Basisgebieten eine effiziente, korruptionsfreie und weithin «gerechte» Verwaltung praktizierte. All dies ließ sich von ihrer Rivalin, der KMT, nicht behaupten. Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des japanischen Raubimperiums war die KMT zahlenmäßig bei weitem stärker als die KPCh. Auch genoß sie zunächst die Unterstützung der USA, während Stalin wenig für seine unorthodoxen chinesischen Parteifreunde tat. Dennoch unterlag die KMT im Bürgerkrieg der Jahre 1946 bis 1949. Dies hatte verschiedene Gründe: die Demoralisierung der KMT und ihrer Armee; das überlegene strategische Geschick der Kommandanten der Roten Armee in einem Krieg, der nicht länger als Summe lokaler Partisanenangriffe, sondern in geradezu hannibalischen Feldschlachten ausgetragen wurde; schließlich in der Entfesselung bäuerlichen Furors während der großen nordchinesischen Landrevolution.

Die Bauernrevolution, wie man sie sich vorstellte, fand nach 1946 in den Dörfern Nordchinas und der Mandschurei statt. Dort, wo die KMT sie nicht mehr verteidigen konnte, wurden Grundherren und «reiche Bauern» dem Volkszorn überantwortet. Ihr Land wurde umverteilt. Mehr als vierzig Prozent der kultivierten Fläche wechselte die Besitzer. Nutznießer war die ärmere Hälfte der Landbevölkerung, die ihrerseits die KPCh dankbar mit kriegswichtigen Ressourcen, vor allem Rekruten und Getreide, versorgte. Zum Zeitpunkt der Gründung der Volksrepublik China im Oktober 1949 war die alte ländliche Oberschicht, die seit Jahrhunderten alle Umbrüche, auch die Revolution von 1911, unbeschadet

überstanden hatte, «als Klasse vernichtet», wie es in der kommunistischen Politsprache hieß. 1950 wurde die neue Agrarstruktur durch das Bodengesetz der Volksrepublik auch auf die sogenannten «neu befreiten Gebiete» im Süden des Landes übertragen. Bis 1952 wurde die Landrevolution, nun unter der Aufsicht der Staatsmacht und unter dem Namen «Landreform», fortgesetzt. Sie bildete den gesellschaftsgeschichtlichen Kern der chinesischen Revolution: eine radikale Umwälzung von Eigentumsverhältnissen und politischer Macht auf dem Lande. Das Kleinbauernidyll, das die niedrige Produktivität des chinesischen Agrarsektors noch weiter senkte und die Versorgung der Städte erschwerte, währte nicht lange. Nach wenigen Jahren wurde die Landwirtschaft per Kollektivierung in eine sozialistische Form gebracht.

Die chinesische Revolution, als Gesamtprozeß betrachtet, läßt sich nicht in einer kurzen Formel einkapseln, wie es oft mit plakativer Wirkung geschieht. Keineswegs war sie identisch mit «Maos Weg zur Macht». Mao Zedong war zwar neben Deng Xiaoping eine der beiden Persönlichkeiten, die das Schicksal Chinas im 20. Jahrhundert am tiefsten prägten, doch eine personalisierende Deutung der Revolution greift zu kurz. Auch kann man nicht ohne starke Einschränkungen von einer «Bauernrevolution» sprechen. Zweimal in der neueren Geschichte erlitten von Bauern getragene Bewegungen verheerende Niederlagen: die Taiping-Rebellion in den frühen 1860er Jahren und der Boxer-Aufstand im Jahre 1900. In den ersten drei Jahrzehnten der chinesischen Revolution spielte das Land kaum eine Rolle. Erst als die von der KMT aus den Städten vertriebenen kommunistischen Intellektuellen und Massenorganisatoren die Bauernfrage für sich entdeckten, wurden die Bauern zum «revolutionären Subjekt». Aus der Sicht der Partei waren sie das mobilisierbare Fußvolk der Revolution, eher Manövriermasse als treibende Kraft. Das heißt nicht, die Partei habe die Bauern bloß zynisch manipuliert. Die Lösung einer objektiv vorhandenen chronischen Agrarkrise war eine Herausforderung für jedes Regime. Diese Krise lag weniger in besonders ausbeuterischen Produktionsverhältnissen als in abnehmender Produktivität bei zunehmender Bevölkerung. Daß China immer schwerer zu ernähren war, hatte, wie die marxistischen Diagnostiker richtig erkannten, auch mit der Existenz einer im Grunde parasitären und an Produktionsverbesserung nicht interessierten Klasse von Grundherren zu tun. Ebenso unrationell waren eine extrem zersplitterte und kleinflächige Parzellenwirtschaft sowie ein Staat, der die Landwirtschaft durch immer höhere Steuern schröpfte, ohne ihr Gegenleistungen zu bieten. Diese Schwierigkeiten hätten sich vielleicht auch mittels tiefgreifender Reformen lösen lassen. Dadurch, daß die KMT die Chance der Agrarreform nicht nutzte, trug sie zu ihrem eigenen Untergang bei. Die alte gesell-

schaftliche Ordnung des ländlichen China war im 20. Jahrhundert nicht lebensfähig. Ihr revolutionäres Ende war einer unter mehreren denkbaren Wegen zum Vollzug einer ökonomischen Notwendigkeit.

Auch das politische Resultat der Revolution war alles andere als vorprogrammiert. Mehrfach stand der chinesische Kommunismus kurz vor seiner Vernichtung. Betrachtet man die politische Krise Chinas als eine Krise des Staates, dann ergibt sich vielleicht eine deutlichere Entwicklungslogik. China hatte über die Jahrhunderte hinweg die leistungsfähigste Bürokratie der Welt aufgebaut, ein Wunder an großräumiger Ordnungskompetenz. Sie hatte Verwaltungsabläufe perfekt organisiert, aber ihre Lernfähigkeit verkümmern lassen. Das rächte sich im 20. Jahrhundert. In das politische Vakuum, das 1911 entstand, trat zunächst das Militär. Es war aber auf provinzieller Basis organisiert und daher außerstande, das riesige Land zusammenzuhalten und schlagkräftig zu verteidigen. Nur die Verknüpfung militärischer Machtmittel mit einem nationalen politischen Ordnungswillen versprach Erfolg. Sowohl die KMT wie die KPCh verfügten über diese Ausgangsvoraussetzungen. Einzig die KPCh nutzte jedoch die entscheidende Chance – den Abwehrkrieg gegen Japan nach 1937 – zur Stärkung ihrer nationalen Legitimität. Nur sie vergaß neben ihren autoritären Parteistrukturen nicht die Idee des dynamischen, «dem Volke dienenden» (wie Mao formulierte) Kaders. Die KMT hingegen verfiel – wie die KPCh nach 1949 – in die Sünden eines obrigkeitlichen Bürokratismus ohne Gemeinwohlbezug. Die Möglichkeit eines chinesischen nicht-kommunistischen Kemalismus, etwa unter Jiang Kaishek, blieb unverwirklicht.

Die chinesische Revolution war nicht zuletzt eine nationale Erhebung. Im Ziel der Wiederherstellung von Chinas voller Souveränität, also der Rückgewinnung aller verlorenen Gebiete und der Abschaffung der aus den «ungleichen Verträgen» resultierenden Vorrechte der Ausländer, waren sich alle politischen Richtungen über Bürgerkriegsgräben hinweg einig. Diese Ziele hätten sich auf längere Sicht friedlich erreichen lassen, hätte nicht Japan zielstrebig das Erbe des westlichen Kolonialismus in Asien antreten wollen. Erst die Niederlage Japans erlaubte eine erneute Konzentration der revolutionären Kräfte auf die Eroberung der staatlichen Macht.